

habe, und daß es die Inseln nach dem 27. März 1935 — dem Tage des Wirksamwerdens seines Austrittes — nicht zurückgeben werde¹⁾ 2).

Dem obigen Exposé der japanischen Regierung kommt eine besondere Bedeutung zu, weil es die erste offizielle, dokumentarisch festgelegte Äußerung gegenüber einer Instanz des Völkerbundes darstellt.

v. Tabouillot.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Uruguay und der Sowjet-Union

Am 27. Dezember 1935 erließ der Präsident von Uruguay ein Dekret über den Abbruch der seit kaum zwei Jahren bestehenden diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion³⁾. Im einleitenden Teil dieses

¹⁾ Vgl. Times vom 26. 7. 1934.

²⁾ Bereits vor Absendung der japanischen Austrittserklärung hatte sich erstmalig das japanische Kabinett in seiner Sitzung vom 11. März 1933 auf denselben Standpunkt gestellt (vgl. Bull. of Int. News, Bd. IX, Nr. 19, S. 580). Am 17. März wurde die Auffassung des Kabinetts vom Staatsrat gebilligt (a. a. O. Nr. 20, S. 616); vgl. auch das Statement des Navy Office vom 23. 3. 1933, in dem zum ersten Male auf die Geheimverträge von 1917 und den Beschluß des Obersten Rates hingewiesen wurde. (Vgl. a. a. O. Nr. 20, S. 617; The Japan Advertiser Nr. 13, 393, 24. 3. 33.)

Aus der Zeit unmittelbar nach der Notifizierung des Austrittes vgl. das offiziell nicht veröffentlichte Rundschreiben des japanischen Auswärtigen Amtes an die Auslandsvertretungen vom 3. April 1933 (inhaltlich wiedergegeben in Revue de Droit International (Sottile) 1933, S. 166; Times vom 4. 4. 1933) und den Erlaß des japanischen Gouverneurs an die Bewohner des Mandatsgebietes vom 4. April (Bulletin of Int. News Bd. IX, Nr. 21, S. 647).

Die japanische Regierung hat auch später jede Gelegenheit benutzt, um ihre Auffassung darzulegen; so hat der japanische Außenminister Hirota auf eine Anfrage im Unterhaus am 31. Januar 1934 (Bull. of Int. News Bd. X, S. 528; Times v. 1. 2. 1934), in einem Interview gegenüber dem Korrespondenten des Daily Express vom 3. Februar 1934 (Journal de Genève vom 3. 2. 34. No. 33), und in einer Erklärung vor dem Oberhause vom 21. Februar 1934 (Völkerbund und Völkerrecht Jhrg. 1, S. 62; Temps vom 23. 2. 34) noch einmal ausdrücklich betont, daß Japan die früheren deutschen Kolonien unter gar keinen Umständen aufgeben werde und sich auch nicht damit einverstanden erklären könne, die Frage dem St. I. G. zur Entscheidung vorzulegen. Aus der Zeit kurz vor Ablauf der Zweijahresfrist vgl. die Erklärung der japanischen Regierung vom 26. Januar 1935, in der sie sich zur weiteren Zusammenarbeit mit der Mandatskommission bereit erklärte (Völkerbund und Völkerrecht Jhrg. 1, S. 700).

³⁾ S. d. N., Journ. Off. 1936, S. 233 ff. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Uruguay und der Sowjet-Union waren auf Grund eines Telegrammwechsels zwischen den Außenministern vom 21./22. August 1926 aufgenommen worden (siehe Sbornik dejstvjuščich dogovorov (Sammlung geltender Verträge) V, Moskau 1930, S. 13). Jedoch hatte erst am 11. August 1933 der Außenminister von Uruguay der Sowjetregierung mitgeteilt, daß die Regierung von Montevideo beschlossen habe, in Moskau eine ständige diplomatische Vertretung zu errichten, woraufhin die Sowjetregierung am 13. August 1933 ihrerseits erklärte, daß sie einen Gesandten in Montevideo ernennen werde (die beiden Depeschen vom 11. und 13. August 1933 sind abgedruckt in Izvestija vom 14. August 1933 Nr. 200).

Dekrets, welches auch der Sowjetgesandtschaft in Montevideo in der ihr am gleichen Tag überreichten Note mitgeteilt wurde¹⁾, wurde diese Maßnahme folgendermaßen begründet: Die Sowjetgesandtschaft in Uruguay sei die Stelle, von der die bolschewistische Bewegung in Brasilien, die im November-Aufstand 1935 zu blutigen Auseinandersetzungen geführt hatte, geleitet worden sei. Sie habe bedeutende Summen in Bar-Schecks angewiesen, ohne daß die Namen der Begünstigten und der Zweck dieser Überweisungen einwandfrei hätten festgestellt werden können: es sei aber anzunehmen, daß die Summen der Unterstützung des brasilianischen Aufstandes dienten, — diesen Standpunkt vertrete auch die brasilianische Regierung. Der Aufstand sei auf die Beschlüsse des Mitte 1935 in Moskau abgehaltenen VII. Kongresses der III. Internationale zurückzuführen, die die Bildung einer Einheitsfront der Kommunisten mit allen »Parteien mit fortgeschrittenen Ideen« empfohlen hätten. Auf dem genannten Kongreß habe der Kommunist Van Mine einen Bericht über Südamerika erstattet, und dabei auch erwähnt, daß die Sowjetunion eine Zitadelle des revolutionären Kampfes sei. Zwischen der III. Internationale und der Sowjetregierung könne daher keine Trennungslinie gezogen werden.

Der Sowjetgesandte in Montevideo, Minkin, antwortete mit einer Note vom 28. 12. 1935²⁾, in der er alle Beschuldigungen gegen die Sowjetgesandtschaft als unbegründet bezeichnete und gegen sie protestierte, die Abhängigkeit der III. Internationale von der Sowjetregierung leugnete und die Haftung der letzteren für deren Tätigkeit verneinte³⁾.

Der Außenminister von Uruguay lehnte es ab, in eine Erörterung der Gründe für den Abbruch einzutreten, weil die Beziehungen zwischen beiden Ländern bereits abgebrochen seien; die Entgegennahme der Sowjetnote wurde von ihm wegen ihrer unangebrachten Wendungen abgelehnt⁴⁾. Auch eine zweite Note, in der Minkin Erklärungen über den Schritt der Regierung von Uruguay forderte⁵⁾, wurde ohne weiteres

Die Gesandtschaft von Uruguay traf in Moskau im März 1934 ein; die Sowjetgesandtschaft in Montevideo wurde zwei Monate später eröffnet (siehe die Rede Litvinovs im Völkerbundsrat am 23. Januar 1936: Journ. Off. 1936, S. 91).

1) S. d. N., Journ. Off. 1936, S. 233 ff.

2) Journ. Off. 1936, S. 235 f.; Izvestija vom 30. 12. 1935 Nr. 303; deutsche Übersetzung: Völkerbund und Völkerrecht, 1935/36, S. 706 f.

3) Der Konflikt Uruguay—Sowjetunion stellt somit ein neues Beispiel für den Gegensatz der Auffassungen über die Beziehungen zwischen der Sowjetregierung und der III. Internationale: vgl. die Zusammenstellung von v. Tabouillot, diese Zeitschr. V (1935), S. 851 ff.

4) Journ. Off. 1936, S. 236; deutsche Übersetzung: Völkerbund und Völkerrecht, 1935/36, S. 707.

5) Journ. Off. 1936, S. 236; deutsche Übersetzung: Völkerbund und Völkerrecht, 1935/36, S. 708 f.

zurückgewiesen¹⁾. Nach der Zustellung der Pässe verließ die Sowjetgesandtschaft Montevideo²⁾. Am 2. Januar 1936 reiste der Geschäftsträger von Uruguay von Moskau ab³⁾, nachdem die Botschaft der Vereinigten Staaten die Archive der Gesandtschaft und den Schutz der etwaigen Interessen der Staatsangehörigen von Uruguay in der Sowjetunion übernommen hatte⁴⁾.

Am 30. Dezember 1935 richtete der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Litvinov, an den Generalsekretär des Völkerbundes (VB) eine Note⁵⁾, in der er den Abbruch der diplomatischen Beziehungen als eine Verletzung des Art. 12 Abs. 1 der Völkerbundsatzung bezeichnete und unter Berufung auf Art. 11 Abs. 2 der Satzung den Völkerbundsrat aufforderte, sich mit der entstandenen Lage zu befassen. Der Konflikt wurde daraufhin auf die Tagesordnung der Januar-tagung des Völkerbundsrates gesetzt. Litvinov verteidigte in der Sitzung vom 23. Januar⁶⁾ die These, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen zwei Mitgliedern des Völkerbundes ohne vorherigen Anruf des Rates gemäß Art. 12 der Satzung eine grobe Verletzung dieser letzteren darstelle, der Vertreter Uruguays, Guani, vertrat dagegen die Meinung, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit einem Staate, dessen Vertretung eine ständige Gefahr für die innere Sicherheit des Empfangsstaates bilde, zur »Compétence exclusive« im Sinne des Art. 15 Abs. 8 des Völkerbundspaktes gehöre und wies nochmals auf die Abhängigkeit der III. Internationale von der Sowjetregierung hin⁷⁾. Diese Abhängigkeit wurde von Litvinov in scharfer Form geleugnet. Daraufhin wurde Titulescu (Rumänien) mit der Ausarbeitung eines Berichtes unter Hinzuziehung der Vertreter Dänemarks (Munch) und Spaniens (Madariaga) beauftragt, denen es gelang, nach längeren Verhandlungen eine Formel zu finden, auf die beide Teile sich einigten. Der Bericht wurde am 24. Januar vom Völkerbundsrat einstimmig angenommen⁸⁾. Die Resolution des Rates lautet:

«Le Conseil: Exprime l'espoir que l'interruption des relations diplomatiques entre l'Uruguay et l'Union des Républiques soviétiques socialistes est temporaire et que les deux pays saisiront une occasion opportune pour les renouer; invite les deux parties à s'abstenir de tout acte qui pourrait nuire aux intérêts de la paix et à la reprise, dans l'avenir, de leurs relations diplomatiques.»

* * *

1) The Times, 1. Jan. 1936.

2) The Times, 1. Jan. 1936.

3) Frankfurter Zeitung vom 4. I. 1936.

4) Le Temps, 1. Jan. 1936.

5) Journ. Off. 1936, S. 232 f.; deutsche Übersetzung: Völkerbund und Völkerrecht, 1935/36, S. 709 f.

6) Journ. Off. 1936, S. 92 f.

7) Journ. Off. 1936, S. 96 f.

8) Journ. Off. 1936, S. 138.

Die Anrufung des Völkerbundsrates durch die Sowjetregierung ist unter Berufung auf Art. 11 Abs. 2 der Völkerbundssatzung erfolgt.

Obwohl Art. 11 Abs. 2, auf den sich die Sowjetregierung berief, als sie die angebliche Verletzung des Art. 12 Abs. 1 durch Uruguay dem Rat unterbreitete, nach seinem Wortlaut nur für Fälle zur Anwendung kommen kann, die zur Störung des Friedens führen könnten, legt die Völkerbundspraxis ihn so weit aus, daß eigentlich jeder mehr oder weniger bedeutende Konflikt vor den Rat gebracht werden kann¹⁾. Die Wissenschaft vertritt durchweg die gleiche Ansicht²⁾.

Obwohl kein Zweifel bestehen konnte, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Uruguay und der Sowjetunion nicht den Frieden zu stören drohte, so war doch die Beschuldigung eines Mitgliedes des VB., den Art. 12 der Völkerbundssatzung verletzt zu haben, ausreichend, um den Konflikt auf die Tagesordnung des Völkerbundsrates zu stellen: wenigstens hat der Rat sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht und es nicht für nötig gehalten, das Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 11 Abs. 2 zu prüfen³⁾.

¹⁾ Die wichtigsten Fälle, in denen Art. 11 Abs. 2 angerufen wurde, werden bei Yepes et Pereira da Silva, *Commentaire théorique et pratique du Pacte de la Société des Nations et des Statuts de l'Union Panaméricaine*, T. II, Paris 1935, p. 31—32, aufgezählt. — Über die zwei neuesten Streitfälle, in denen es von vornherein klar war, daß sie die friedlichen Beziehungen zwischen den Streitenden nicht beeinträchtigen konnten, den finnisch-britischen Streit über die Entschädigung wegen der Beschlagnahme finnischer Schiffe im Weltkrieg und den Streit der Schweiz mit einigen Großmächten wegen der Schweizer Kriegsschäden, siehe diese Zeitschr. V (1935), S. 418 und S. 633 ff.; vgl. auch Jean Ray, *La Politique et la Jurisprudence de la Société des Nations du début de 1933 au début de 1935* (4^e Supplément au Commentaire du Pacte), Paris 1935, p. 64 et ss.

²⁾ Schücking und Wehberg, *Die Satzung des Völkerbundes*, 2. Aufl., Berlin 1924, S. 468; Frhr. v. Freytagh-Loringhoven, *Die Satzung des Völkerbundes*, Berlin 1926, S. 135; Yepes et Pereira da Silva, o. c., t. II, p. 40; Dr. Norbert Kurz, *L'article 11 du Pacte et la convention générale en vue de développer les moyens de prévenir la guerre*, Paris 1933, p. 39 et ss.; Gonsiorowski, *Société des Nations et Problème de la Paix*, T. II, Paris 1927, p. 327, 336. — Eine einschränkende Auslegung des Art. 11 Abs. 2 bringt dagegen Jean Ray, *Commentaire du Pacte de la Société des Nations selon la politique et la jurisprudence des organes de la Société*, Paris 1930, p. 378: »... pour que l'art. 11 soit mis en jeu, il faut toujours que la paix soit en péril«.

³⁾ Während der Verhandlungen im Rat hat nur Ruiz Guinazu (Argentinien) die Berufung auf Art. 11 Abs. 2 mit folgender Begründung abgelehnt: »Nous considérons . . . que ce cas n'est pas de la compétence du Conseil. . . . Je voudrais . . . souligner que les termes de l'article 11, paragraphe 2, et l'article 12, paragraphe 1, du Pacte ont pour but, comme d'ailleurs la structure même du Pacte, de prévenir la guerre, laquelle, dans ce cas, est heureusement invraisemblable« (Siehe Journ. Off. 1936, S. 104). Siehe auch das Schreiben des chilenischen Delegierten Garcia-Oldini an den Generalsekretär des VB. vom 25. 1. 1936, das seine im Rat nicht gehaltene Rede wiedergibt (Journ. Off. 1936, S. 238): »Nous estimons qu'invoquer le paragraphe 2 de l'article 11 du Pacte pour saisir le Conseil d'une interruption de relations diplomatiques intervenue dans des circonstances telles que celle qui nous occupe en ce moment, c'est pousser trop loin

Die Sowjetregierung behauptete, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ohne vorherigen Versuch, den Konflikt durch ein im Art. 12 vorgesehenes Verfahren zu beseitigen, sei eine Verletzung der Völkerbundssatzung¹⁾.

Die Regierung von Uruguay hat dagegen die These aufgestellt, daß die diplomatischen Beziehungen jederzeit abgebrochen werden dürften, und sich, wie bereits oben erwähnt, auf die »Compétence exclusive« im Sinne des Art. 15 Abs. 8 berufen²⁾.

Was zunächst die »Compétence exclusive« betrifft, so muß hervorgehoben werden, daß nach der herrschenden Meinung, die auch in den Völkerbundsdebatten aus Anlaß des Genfer Protokolls von 1924 und in diesem Protokoll (Art. 5) selbst zu Tage trat, die Berufung auf die ausschließliche Zuständigkeit im Falle einer Anrufung des Völkerbundsrates auf Grund von Art. 11 Abs. 2 nicht zulässig ist³⁾.

Es erhebt sich ferner die Frage, ob Art. 12 überhaupt Anwendung finden soll auf Fälle, in denen es von vornherein klar ist, daß eine Kriegsgefahr ausgeschlossen ist. Litvinov meinte, daß Art. 12 auch dann Anwendung finden müsse⁴⁾, während Ruiz Guinazu (Argentinien) die entgegengesetzte Meinung vertrat⁵⁾.

l'interprétation de ce paragraphe et la compétence qui découle pour le Conseil de cette disposition du Pacte«.

1) Siehe das Schreiben Litvinovs an den Generalsekretär des VB. vom 30. Dezember 1935 (Journ. Off. 1936, S. 232): »Le fait d'avoir recours à la rupture des relations diplomatiques au lieu de procéder par les voies prescrites par le paragraphe premier de l'article 12 du Pacte constitue, de l'avis du gouvernement de l'U.R.S.S., un manquement grave à l'un des principes essentiels de la Société des Nations. Aussi le gouvernement de l'U.R.S.S. considère-t-il le procédé que s'est permis en l'occurrence le Gouvernement de Montevideo, comme un acte incompatible avec le respect dû par l'Uruguay à ses devoirs de Membre de la Société des Nations.«

2) Siehe die Ausführungen Guaniz (Uruguay) in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 23. Januar 1936 (Journ. Off. 1936, S. 97 ff.): ». . . l'Uruguay a interrompu ses relations avec les Soviets en vertu d'une faculté politique propre, émanant des nécessités supérieures de la défense sociale et de la solidarité internationale américaine . . . Les motifs qui ont donné lieu à la résolution d'ordre intérieur en vertu de laquelle le Gouvernement de l'Uruguay a déclaré ses relations interrompues, demeurent dans le domaine des questions qui sont du ressort exclusif des Etats . . . Des actes de cette nature ne sont pas sujets à des limitations d'ordre international. L'article 12 du Pacte, par conséquent, n'est pas applicable en l'occurrence . . . Si le fond de cette affaire n'était pas d'une clarté incontestable, sa nature même, en fait de procédure, la ferait rentrer dans les questions visées dans l'alinéa 8 de l'article 15, c'est-à-dire dans les questions que le droit international laisse à la compétence exclusive d'une des parties«.

3) Siehe Jean Ray, o. c.; p. 494 et ss. Vgl. auch Schücking und Wehberg, o. c., S. 468, 589 f.; Fernand de Visscher, La question des îles d'Aland: Revue de droit international et de législation comparée, 1921, p. 42. — Dagegen meint v. Freytagh-Loringhoven, a. a. O., S. 135, daß die Berufung auf »ausschließliche Zuständigkeit« auch bei Anwendung des Art. 11 Abs. 2 möglich ist.

4) Litvinov in der Ratssitzung vom 23. Januar: »Si l'article 12 mentionne également le recours à la guerre, il ne s'ensuit pas que les ruptures qui n'aboutissent pas à la guerre

Es wird allgemein angenommen, daß eine »rupture« im Sinne des Art. 12 nicht unbedingt Krieg oder Kriegsgefahr bedeutet: Art. 12 soll auf alle Streitfälle Anwendung finden, die die Parteien auf diplomatischem Wege nicht regeln können¹⁾.

Nimmt man dies an, ist die weitere Frage, ob der bloße Abbruch der diplomatischen Beziehungen vor der Ausnutzung eines der drei im Art. 12 aufgezählten Verfahren als »rupture« im Sinne dieses Artikels angesehen werden kann. Litvinov führte im Rat hierzu aus²⁾:

«Nous admettons que tout Etat souverain est libre de nouer ou de ne pas nouer des relations diplomatiques avec d'autres Etats et qu'à ce ne sont pas visées par cet article. C'est justement parce que la rupture de relations peut parfois aboutir à la guerre que l'article 12 tend à éliminer des usages internationaux la rupture brusque et qu'il prescrit une procédure préliminaire pouvant éviter la rupture ainsi que ses conséquences possibles.» (Journ. Off. 1936, S. 92).

5) Siehe oben S. 372 Anm. 3; siehe auch das Schreiben von Garcia-Oldini (Chile) an den Generalsekretär des VB. vom 25. 1. 1936 (Journ. Off. 1936, S. 237 ff.): «... mon Gouvernement est d'avis que le Gouvernement de l'Uruguay n'a pas violé l'obligation contenue dans le paragraphe 1 de l'article 12. En effet, ce paragraphe vise les différends susceptibles d'entraîner une rupture de la paix. Ceci est confirmé nettement par la deuxième partie de ce paragraphe qui engage les Etats membres de la Société des Nations à ne pas recourir à la guerre avant l'expiration d'un délai de trois mois après la décision arbitrale ou judiciaire ou le rapport du Conseil. Tel n'est pas le cas du différend qui sépare en ce moment l'Uruguay et l'U.R.S.S. L'interruption des relations diplomatiques intervenue entre ces deux pays ne constitue pas une rupture de la paix... On ne peut identifier à un conflit susceptible de troubler la paix une rupture de relations diplomatiques comme celle intervenue entre l'Uruguay et l'U.R.S.S., deux pays qui n'ont pas de frontière commune, dont le commerce est peu important et qui se trouvent séparés l'un et l'autre par des distances énormes et par de sérieux obstacles géographiques.» Die gleiche Meinung vertritt der ehem. brasilianische Außenminister de Mello-Franco in dem Aufsatz »L'Uruguay et l'U.R.S.S.«: Journal de Genève, 4 février 1936.

1) Siehe vor allem Adatci et Charles De Visscher, Rapport préliminaire sur l'article 12 du Pacte: Annuaire de l'institut de Droit International XXXI (1924), p. 23—24: »L'application de l'article 12 soulève une première question... Que faut-il entendre par danger de rupture? — Il paraît impossible de préciser dans les termes d'une définition la portée exacte de l'expression 'rupture'. De l'avis général elle ne désigne pas seulement la guerre ou un danger imminent de guerre: elle s'applique à tout différend que les Parties ne parviennent pas à régler par leur action commune et qui, en se prolongeant, serait de nature à compromettre leurs bonnes relations mutuelles. En définitive la situation se caractérise par l'impasse diplomatique dans une affaire offrant une gravité intrinsèque suffisante pour créer un état de tension dangereux pour les relations pacifiques des Etats.» Vgl. auch Charles De Visscher, L'Interprétation du Pacte au lendemain du différend italo-grec: Revue de droit international et de législation comparée, 1924, p. 215: «... ce terme (le terme 'rupture' dans les articles 12 et 15 du Pacte) ne désigne pas seulement la guerre ou le danger prochain de guerre, éventualité qui, dans certains cas, peut être exclue *a priori* par la disproportion des forces des Etats en cause; il s'applique également à toute situation que les parties ne parviennent pas à régler par leurs propres efforts et qui, en se prolongeant, est de nature à mettre en danger leurs bonnes relations mutuelles.» Im gleichen Sinne Charles Rousseau, La compétence de la Société des Nations dans le règlement des conflits internationaux, Paris 1927, p. 55.

2) Journ. Off. 1936, S. 91.

point de vue, il agit à son gré, selon ses conceptions de la vie internationale normale et de ce qu'exigent la bonne entente et la paix entre les nations. Il n'y a également aucun inconvénient à ce que deux Etats conviennent amicalement entre eux de supprimer l'échange de missions diplomatiques pour des raisons d'économie ou autres raisons d'ordre pratique, et de continuer leurs relations diplomatiques par d'autres moyens, par exemple par l'intermédiaire de leurs représentants dans des pays tiers. Ce sont là des cas bien connus dans les usages internationaux. Mais il en va tout autrement, lorsqu'un Etat procède à une rupture unilatérale de ses relations avec un autre Etat dans un esprit inamical, hostile, en se fondant sur certaines réclamations ou accusations. Une rupture de ce genre a toujours été considérée comme le plus inamical des actes internationaux dont une explication convaincante doit être fournie à l'opinion publique mondiale, si l'Etat à qui cette rupture est imputable se soustrait à ses responsabilités. C'est précisément pour cette sorte de rupture que l'article 12 du Pacte prévoit une procédure préliminaire. L'Uruguay et l'Union soviétique étant tous deux membres de la Société, liés par le Pacte, et la rupture n'ayant pas été précédée de ladite procédure, nous nous trouvons en présence d'une violation, par un Membre de la Société des Nations, et, de plus, de la violation d'un de ses articles essentiels. »^{1) 2)}

Es gibt in der Praxis zu dieser Kontroverse nur einen einzigen Präzedenzfall: aus Anlaß eines durch die Behandlung des holländischen Generalkonsuls in Belgrad zu Beginn des Weltkrieges entstandenen und 1920 noch nicht beigelegten Konfliktes mit der serbischen Regierung hat Holland im Dezember 1920 die diplomatischen Beziehungen zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen abge-

¹⁾ In diesem Zusammenhang mag die Antwortnote der Sowjetregierung vom 31. August 1928 auf die Einladung, dem Kellogg-Pakt beizutreten, erwähnt werden, die zu den »moyens non-pacifiques« auch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen rechnet: « . . . le même article premier du pacte traite de la nécessité de résoudre toutes les discussions et tous les conflits internationaux par des moyens exclusivement pacifiques. Partant de cette thèse, le gouvernement soviétique estime qu'il faut également ranger dans le nombre des moyens non-pacifiques interdits par le pacte les moyens tels que le refus de renouer des relations pacifiques normales entre les nations ou comme la rupture de ces relations, car des actes semblables écartant les moyens pacifiques qui pourraient résoudre les différends enveniment les relations et contribuent à créer une atmosphère favorable au déchaînement des guerres » (L'Europe Nouvelle, 1929, p. 320; vgl. A. N. Mandelstam, L'interprétation du pacte Briand-Kellogg par les gouvernements et les parlements des Etats signataires (Extrait de la Revue Générale de Droit International Public), Paris 1934, p. 26—27).

²⁾ Jean Ray, Commentaire, p. 403—404, meint, allerdings in anderem Zusammenhang, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen immer die Anwendbarkeit des in Art. 12 vorgesehenen Verfahrens begründen kann: er meint, daß in Fällen, wo eine der streitenden Parteien ihre Zweifel zum Ausdruck bringt, ob der Konflikt als »susceptible d'entraîner une rupture« betrachtet werden kann, die andere Partei »pour forcer l'adversaire à accepter la procédure« die diplomatischen Beziehungen abrechnen kann — »une telle rupture serait certainement considérée comme le signe d'une menace de rupture plus grave«. Diese Ausführungen werden von Yepes et Pereira da Silva, o. c. II, p. 96, wiederholt.

brochen und sie erst am 6. Februar 1922 wieder aufgenommen¹⁾). Eine Nachprüfung der Frage, ob das Verhalten Hollands mit der Völkerbundssatzung im Einklang zu bringen war, fand nicht statt²⁾).

In der Doktrin wird die Zulässigkeit des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen im Verlauf eines Konfliktes, vor dem Abschluß eines der drei im Art. 12 vorgesehenen Verfahren erörtert. Nach der einen Meinung soll aus der Fassung des Art. 12 Abs. 1 folgen, daß es den Parteien untersagt ist, auch nur die diplomatischen Beziehungen abzubauen, bevor sie den vorgeschriebenen Versuch friedlicher Streiterledigung gemacht haben³⁾. Nach einer anderen Meinung ist der Abbruch der diplomatischen Beziehungen kein Verstoß gegen die aus Art. 12 sich ergebenden Verpflichtungen⁴⁾, da er die friedliche Streiterledigung nicht ausschließt.

1) Schücking und Wehberg, aaO. S. 508.

2) Von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Staaten, die Mitglieder des VB. sind, muß die Nicht-Aufnahme der Beziehungen unterschieden werden, die bereits vor dem Eintritt eines der betreffenden Staaten in den VB. abgebrochen waren, nach dem Eintritt dieses Staates in den VB.: die Völkerbundspraxis lehrt, daß diese Aufnahme nicht unbedingt notwendig ist. Es genügt, das Beispiel des Fehlens diplomatischer Beziehungen zwischen Polen und Litauen anzuführen; auch mit der Sowjetunion haben, trotz ihres Eintritts im September 1934 in den VB., eine Anzahl von Völkerbundsmitgliedern die diplomatischen Beziehungen nicht aufgenommen (u. a. Holland, Portugal, Schweiz, Jugoslawien, Chile, Argentinien, Peru, Paraguay, Venezuela, Absinien); siehe zu diesem Problem Makarov, Sowjetunion und Völkerbund, diese Zeitschrift V (1935), S. 56 ff.

3) Schücking und Wehberg, aaO. S. 507; Gralinski, *Le règlement pacifique obligatoire des différends internationaux suivant le Pacte de la Société des Nations*, Paris 1925, p. 75; Massart, *Le controversie internazionali dinanzi al Consiglio della Società delle Nazioni*, Pisa 1929, p. 11; P. Kostoff, *Le moratoire de guerre*, Paris 1930, p. 166; Annibale Carena, *La competenza del consiglio della Società delle Nazioni nelle controversie internazionali*, Pavia 1929, p. 43; Hatschek, *Völkerrecht als System rechtlich bedeutsamer Staatsakte*, Leipzig-Erlangen 1923, S. 294, meint, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Streitenden während der im Art. 12 Abs. 1 erwähnten dreimonatlichen Wartefrist unzulässig ist: a fortiori muß der Abbruch in den früheren Konfliktstadien verboten sein. Vgl. auch Strupp, *L'incident de Janina entre la Grèce et l'Italie*: *Revue générale de droit international public*, 1924, p. 276: «Il suffit, d'après l'article 12, qu'il y ait un différend 'susceptible' d'entraîner une rupture: cette formule, interprétée dans son véritable sens, signifie qu'il y ait un différend qui puisse conduire à une rupture, par exemple une révocation, unilatérale ou bilatérale, des représentants diplomatiques».

4) Adatci et Charles De Visscher, o. c.: *Annuaire de l'Institut de Droit International*, XXXI (1924), p. 29: «Le principe du moratoire pacifique va-t-il jusqu'à interdire la rupture des relations diplomatiques entre les Parties? L'affirmative est soutenue par certains auteurs . . . C'est, nous semble-t-il, aller trop loin. La rupture des relations diplomatiques peut être un fait regrettable, notamment par les répercussions qu'elle exerce sur l'opinion publique; mais, au point de vue du règlement du différend, elle n'a pour conséquence que de mettre terme aux négociations directes entre Parties; elles n'impliquent pas la rupture dans le sens que l'art. 12 donne à ce terme . . . : elle n'empêche pas

Eine Antwort auf die Frage der Rechtmäßigkeit dieses Abbruchs vor einem Versuch, den Streitfall im Wege des Art. 12 zu erledigen, blieb der Völkerbundsrat schuldig. Die von ihm angenommene Resolution drückt nur die Hoffnung aus, daß die Beziehungen zwischen Uruguay und der Sowjetunion recht bald wieder aufgenommen werden¹⁾. Es ist also weder die Sowjet-These über die Rechtswidrigkeit des Abbruchs noch die Berufung Uruguays auf die *compétence exclusive* gebilligt worden, und der Vorsitzende des Rates (Bruce, Australien) hatte vollkommen recht, wenn er seinem Dank an die Berichterstatter die Worte hinzufügte: »malgré le peu de lumière qui a été jeté sur la question«²⁾.

A. N. Makarov.

Dokumente zum Abessinienkonflikt

1. Protestnote der italienischen Regierung vom 11. November 1935 an die Sanktionsmächte³⁾

1) Il Governo italiano, con la sua nota del 7 ottobre scorso e con le dichiarazioni del suo Delegato al Consiglio e all'Assemblea della Società delle Nazioni, ha contestato il fondamento delle deliberazioni adottate a Ginevra nel conflitto italo-etiopeico. Esso ha respinto l'accusa di aver violato gli impegni presi con l'art. 12 del Patto. Oggi che in seguito a tali deliberazioni e affermazioni si sta procedendo da parte di numerosi Stati Membri all'applicazione, con richiamo all'art. 16 del Patto, di misure di pressione contro l'Italia, il Regio Governo rinnoverà la più ampia e recisa protesta contro la gravità e l'ingiustizia dei provvedimenti che vengono adottati a suo danno.

Il Governo italiano oppone:

1) che le ragioni addotte dal memoriale italiano non sono state prese in

le Conseil d'exercer la mission pacificatrice que lui confère l'article 15.» — Die gleiche Meinung vertreten v. Freytagh-Loringhoven, aaO. S. 145; Olof Hoijer, *La sécurité internationale et ses modes de réalisation*, T. III, Paris 1930, p. 24 (vgl. Olof Hoijer, *Le Pacte de la Société des Nations*, Paris 1926, p. 214); Gonsiorowski, o. c. T. II, p. 342; Redslob, *Théorie de la Société des Nations*, Paris 1927, p. 72 (». . . la rupture au sens de l'article 12, n'est pas tout à fait synonyme du rappel des légations«).

1) Siehe oben S. 371. Zu dem Votum dieser Resolution hat die portugiesische Regierung am 19. 2. 1936 eine schriftliche Erklärung abgegeben, die der Generalsekretär des VB. dem Rate und den Völkerbundsmitgliedern mitgeteilt hat. In dieser Erklärung heißt es (*Journal des Nations*, 5 mars 1936): »Le vote par le délégué portugais du projet de résolution susdit signifie qu'en principe le Portugal est d'avis qu'une rupture de relations diplomatiques, déjà établies, entre Etats souverains, est toujours regrettable. Mais ce vote ne saurait être interprété comme un jugement prononcé contre l'Uruguay, dont le gouvernement a agi, de l'avis du gouvernement portugais, dans les limites légitimes de son droit de souveraineté, et encore moins pourrait-il être interprété comme admission du principe que chaque Etat n'ait pas une entière liberté de maintenir ou non des relations avec tout autre Etat neutre.«

2) Siehe *Société des Nations*, Section d'information, 24 janvier 1936, no 7690. In den amtlichen Text des Protokolls sind diese Worte nicht aufgenommen worden.

3) Nach amtlicher Mitteilung.